

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Beim ICC alle Optionen prüfen: „Nichtnutzung“ und „Abriss“ dürfen kein Tabu sein

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Gründe für einen Ausschluss der Alternativen „Abriss“ und „Nichtnutzung“ des ICC gemäß der Koalitionsverständigung vom 25.09.2012 zu benennen.
2. die Kosten eines möglichen Abrisses des ICC zu benennen oder zu ermitteln und zu benennen.
3. die Kosten einer Nichtnutzung des ICC zu benennen oder zu ermitteln und zu benennen.
4. eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Gegenüberstellung der Kosten von Nichtnutzung und/oder Abriss des ICC zu den im Ergebnisbericht „Sanierung ICC“ (Rote Nummer 0249H) der Gutachterin genannten Varianten zu gewährleisten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2014 zu berichten.

Begründung

Der vom Land Berlin beauftragte Ergebnisbericht Stufe 1 beschäftigt sich mit der Durchführung einer Marktabfrage und der Entwicklung von Nutzungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzepten für das ICC. Als Ergebnis der Marktanalyse wurden verschiedene Konzepte

herausgearbeitet, wie das ICC in der Zukunft zu nutzen sei. Diese wurden hinsichtlich der zu erwartenden Bau- und Sanierungskosten und dem aus dem Umbau resultierenden theoretischen Wiederverkaufswert bewertet. Im Ergebnis kommt die Studie zu dem Schluss, dass keine der untersuchten Varianten, auch unter Berücksichtigung eines Zuschusses von 200 Mio. Euro, zu einem positiven Ergebnis führt. Vielmehr stelle sich einzig die Variante „Shopping“ möglicherweise als finanzierbar dar, da hier der Senat neben den 200 Mio. Euro „nur noch weitere ca. 50 Mio. € zuschießen müsse“.

Nicht Gegenstand der Untersuchung waren die Varianten Nichtnutzung oder Abriss des ICC, da diese Optionen durch die Koalitionsverständigung vom 25.09.2012 ausgeschlossen worden waren („Abriss oder Nichtnutzung sind keine Alternativen“). Frei von dem Umstand, ob diese Alternativen gewünscht sind oder nicht, ist es aus betriebswirtschaftlicher Sicht allerdings unerlässlich, den in der Studie bewerteten Nutzungsvarianten die Kosten der Nichtnutzung bzw. eines Abrisses gegenüberzustellen. Diese Gegenüberstellung dient der Bewertung der politischen Entscheidung der Koalition, eine Nichtnutzung bzw. einen Abriss grundsätzlich auszuschließen. Da die Studie zu dem Schluss kommt, dass keine der untersuchten Nutzungsoptionen zu einem wirtschaftlich positiven Ergebnis führt und somit die Optionen im günstigsten Fall einen Zuschuss von 250 Mio. Euro erfordern, stellen die zu benennenden Kosten die Grundlage für eine Bewertung der zukünftigen Verwendung des ICC dar. Die Entscheidung der Koalition wird durch den Abgleich transparent und in ihrer Tragweite messbar gemacht.

Für die Vergleichbarkeit der Option Nichtnutzung ist es nicht ausreichend, einen jährlichen Stilllegungsbetrag zu benennen. Die Studie geht bei der Bewertung von einem theoretischen Wiederverkaufswert, also einem Barwert aus. Die Kosten der Nichtnutzung müssen somit auf die gleiche Ebene gehoben werden. Der Senat wird daher aufgefordert, bei der Benennung der Kosten einer Nichtnutzung auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu achten. Alternativ ist es auch möglich, die in der Studie benannten Bau- und Sanierungskosten hinsichtlich ihres zeitlichen Zustandekommens offenzulegen, um so eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Berlin, den 14.10.2014

Mayer Delius

und die übrigen Mitglieder

der Piratenfraktion